Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Seben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 153. | Dresden, Donnerstag den 5. Juli 1917. | 28. Jahrg.

Die Wahlrechtsfrage vor dem Verfassungsausschuß.

Am Mittwoch verhandelte der Verfassungsausschuß über die zur Wahlrechtsfrage gestellten Anträge.

Der sozialdemokratische Fraktion fordert in einem Antrag, daß in jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach der Verhältniswahl gewählte Volksvertretung bestehen muß. Weiter wird gefordert das Recht zur Teilnahme an der Wahl für alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Die Zustimmung dieser Volksvertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich.

Bernstein und Genossen hatten einen fast gleichlautenden Antrag gestellt, der noch die Forderung enthielt, daß die Ersten Kammern aufzuheben sind.

Die Fortschrittler beantragten, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf dem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrecht beruht; ferner den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den mecklenburgischen Großherzogtümern zeitgemäß eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wird.

Abg. Landsberg begründete den sozialdemokratischen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf die Bundesstaaten das Allermindeste sei, was man erwarten dürfe. **Ein Pluralwahlrecht würde vom Volke direkt als eine Verhöhnung aufgefaßt werden.** Ueber die Frage, ob der Reichstag zu solchen Beschlüssen kompetent sei, könne kein Zweifel bestehen. Auch das Zentrum sei früher der gleichen Ansicht gewesen und werde hoffentlich auf diesem Standpunkt beharren. Die Osterbotschaft des Kaisers lehnt das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit der kaiserlichen Kundgebung nicht in Einklang zu bringen. Wenn die Konservativen sich ablehnend verhalten und die Regierung sich in Schweigen hüllt, dann darf der Reichstag diese Passivität nicht auch üben, sondern muß mit aller Entschiedenheit auf eine umfassende Wahlreform drängen. **Das ist ein sehr erheblicher Schritt zum Frieden,** der im feindlichen Ausland den Gedanken zerstört, daß der Kampf dem reaktionären Deutschland gelte. — Abg. Stadthagen begründet den Antrag Bernstein mit dem Hinweis darauf, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nicht nur für den Oberbau, sondern auch für den Unterbau des Reiches gelten müsse, wozu sind die Einzelstaaten und die Gemeinden. Das Volk muß auf einer sofortigen Durchführung der Reform bestehen. — Abg. Kreth bestreitet die Kompetenz des Reichs und behauptet, daß Preußen in allen seinen Einrichtungen geradezu vorbildlich sei. Die Wahlrechtsfrage in Preußen sei eine rein preußische Angelegenheit, in die das Reich nichts hineinzureden habe. Dem Volke sei das preußische Wahlrecht Wurst und eine Wurst wäre ihm vielleicht heute lieber. Die Demokratisierung Preußens müsse zum Ruin des Staates führen. — Abg. Mertin (Dtsch. Fr.) erklärt sich ebenfalls ablehnend. Bei aller Anerkennung der Reformbedürftigkeit der einzelstaatlichen Wahlrechte müsse man diese Reform doch den Einzelstaaten selbst überlassen. — Abg. Müller (Meiningen) bekennt sich als Anhänger der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten, lehnt jedoch die weitergehenden Forderungen der Sozialdemokraten ab. Redner zieht die beiden fortschrittlichen Anträge zurück, weil eine Mehrheit dafür jetzt nicht zu haben sei und schlägt dafür folgende Resolution vor:

„Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler und den preußischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterbotschaft des deutschen Kaisers und Königs von Preußen ist auch der Reichstag der Ueberzeugung, daß nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr ist.

Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewußter Aufgeferung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Krieges mitwirken, so werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgang des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und freudigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Hierfür aber ist eine unerläßliche Voraussetzung, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird. Dadurch werden in Staat und Reich machtvolle neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges sowie für den neuen Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung erbracht werden."

Abg. Junck (natl.) erklärt sich gegen die sozialen Anträge und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhältnisse in Preußen sich heute so gestaltet haben, daß eine Wahlrechtsreform nicht mehr aufgeschoben werden kann. Abg. Herold (Ztr.) erblickt in den Anträgen einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten, den das Zentrum nicht billigen könne. Abg. Dr. Stadtmüller tritt für die Interessen der Nationalliberalen in die Schranken. Eine wirkliche Stimmung konnte man [illegible] Ein wirkliches Stimmungsbild des Volkes die politische Gleichberechtigung geben müsse. [illegible] Zwischen dem Erlaß der Osterbotschaft [illegible] Monate, in denen [illegible] Ereignisse überstürzen sich und das Bild geändert hat. Die Ereignisse [illegible]

Von tiefem Mißtrauen gegen die Regierung

[illegible] Deshalb muß die Reform jetzt kommen, [illegible] Aufgaben zu lösen. [illegible] Sozialdemokraten [illegible] Wahlrechtsfrage in Mecklenburg [illegible] Wahlrechtsfrage [illegible] Wahlrechtsfrage [illegible] Wahlrechtsfrage